

Eine volle Agenda

Mit der Uno-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die internationale Staatengemeinschaft Grosses vorgenommen. Der Aktionsplan beinhaltet breit gefasste Entwicklungsziele und hat das Potenzial, die Welt zum Besseren zu verändern. Aber wie packen die einzelnen Länder und insbesondere die Schweiz die Umsetzung der Agenda 2030 an?

Text und Interview: Katharina Wehrli

«Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen», heisst es in der Uno-Resolution zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die am 25. September 2015 in New York von den Staats- und Regierungschefs der 193 Mitgliedstaaten verabschiedet wurde. Die Agenda ist umfassend und ambitioniert: Sie beinhaltet 17 Ziele zur nachhaltigen Entwicklung, die alle Uno-Mitgliedstaaten bis 2030 erreichen wollen.

Dies ist ein Meilenstein für die nachhaltige Entwicklung. Denn der Uno ist es erstmals gelungen, Ziele zur Hunger- und Armutsbekämpfung und zu den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in einem Aktionsplan zusammenzuführen. Zudem wurden Ziele zu Frieden, Rechtsstaatlichkeit und globalen Partnerschaften integriert. So bildet die Agenda 2030 einen global geltenden Rahmen, um die grossen Probleme der Welt – extreme Armut, Klimawandel, Umweltzerstörung, Gesundheitskrisen – zu lösen.

Aber die Agenda 2030 ist völkerrechtlich unverbindlich. Jeder Staat kann frei entscheiden, wie er die Nachhaltigkeitsziele erreichen will. Was heisst das nun für die Schweiz: Wie will der Bund die Agenda 2030 umsetzen? Wo besteht besonderer Handlungsbedarf? Und welche Akteure entscheiden letztlich? Antwort auf diese Fragen gibt Andrea Ries, Co-Koordinatorin des Bundes für die Umsetzung der Agenda 2030.



moneta: Andrea Ries, vor eineinhalb Jahren hat die Uno-Generalversammlung die Agenda 2030 verabschiedet. Was ist seither passiert?

Andrea Ries: Die einzelnen Länder haben bei der Umsetzung der Agenda ein grosses Interesse, sich zu vergleichen und auszutauschen. Darum hat die Uno das sogenannte «High Level Political Forum» geschaffen, wo dieser Austausch jährlich stattfindet und die Länder ihre Anstrengungen und Ergebnisse präsentieren. Beim ersten Treffen im Juli 2016 haben schon 22 Staaten – darunter die Schweiz, eine Reihe anderer europäischer Länder, aber auch Entwicklungsländer – präsentiert, wie sie diese Arbeit anpacken wollen.

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es in der Herangehensweise?

Es gibt Länder, die vor sehr spezifischen Problemen stehen, da kann es beispielsweise um Fragen der Versöhnung und des Wiederaufbaus nach einem Bürgerkrieg gehen. Bei vielen anderen Staaten geht es eher um die Fortsetzung eines Prozesses, der vor über zwanzig Jahren mit der Nachhaltigkeitsagenda von Rio begonnen hat – allerdings mit einem stärkeren Einbezug von internationalen Herausforderungen.

Wie geht die Schweiz die Umsetzung an?

Die 17 Ziele der Agenda 2030 sind ausdifferenziert in 169 konkrete und mit Indikatoren messbare Unterziele.



Wir machen jetzt eine vertiefte Analyse und schauen bei jedem der 169 Unterziele genau hin, wo die Schweiz mit der Umsetzung steht, wo sie gut ist und wo noch Handlungsbedarf besteht.

Eine erste vergleichende Studie der Bertelsmann-Stiftung ortet für die Schweiz besonderen Handlungsbedarf bei den Zielen zum Klimaschutz, zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern und zur Geschlechtergleichstellung. Zeigt sich bei Ihrer Analyse ein ähnliches Bild?

Es ist zu früh, um diese Frage zu beantworten. Wir sind mit unserer Analyse noch nicht so weit, dass wir Aussagen zu den Ergebnissen machen können.

Analysieren Sie den Status quo vor allem auf Bundesebene?

Wir schauen zuerst, was die betreffenden Bundesämter tun. In einigen Themen liegt aber die prioritäre Verantwortung bei den Kantonen und Gemeinden. Der Staat ist aber nicht der einzige Akteur. Darum werden wir

Wirken Sie mit!

Im Mai/Juni 2017 führt der Bund eine öffentliche Konsultation zum Handlungsbedarf in der Schweiz im Hinblick auf die Uno-Agenda 2030 durch. Auf www.eda.admin.ch/agenda2030 schaltet er Schlüsselinformationen zu allen 169 Unterzielen auf. An der öffentlichen Debatte können sich alle beteiligen.

im Frühsommer erste Ergebnisse veröffentlichen. Dann können nicht staatliche Akteure sie kommentieren und ergänzen, was sie selbst in Bezug auf bestimmte Ziele beitragen. Denn die Wirtschaft, Non-Profit-Organisationen und die Wissenschaft spielen bei der Umsetzung der Agenda eine wichtige Rolle. Der Staat kann eine nachhaltige Entwicklung ja nicht allein erreichen, da braucht es eine Partnerschaft mit vielen Akteuren.

Welche Rolle spielen die Banken?

Die Agenda 2030 enthält Zielsetzungen, in denen der Finanzsektor einen wichtigen Beitrag leisten kann. Wichtige Themen sind die Bekämpfung von «illiciten» Finanzflüssen, Zugang zu Krediten auch für ärmere Menschen und kostengünstige Möglichkeiten für Migrantinnen und Migranten zur Geldüberweisung. Darüber hinaus können Finanzdienstleister eine wichtige Rolle spielen, indem sie für Firmen Anreize für nachhaltige Geschäftspraktiken und das Nachhaltigkeitsreporting schaffen.

Was sind die nächsten Schritte?

Ende 2017 werden wir einen umfassenden Bericht erstellen. Einerseits wird er die Basis für unsere Länderberichterstattung 2018 an die Uno sein. Andererseits geht er an den Bundesrat, und zwar mit Empfehlungen, in welchen Bereichen noch Anstrengungen nötig sind. Gewisse Massnahmen können auf der Ebene der Bundesämter getroffen werden, die gewichtigeren werden auf der Ebene der Bundespolitik entschieden. Zu vielen Themen laufen ja bereits politische Prozesse, etwa im Energiebereich. Wir hoffen natürlich, dass die Entwicklungsziele der Agenda 2030 dazu beitragen, die politischen Anstrengungen in Richtung Nachhaltigkeit zu verstärken.

Was passiert, wenn Bundesrat und Parlament nicht oder nur teilweise auf die Empfehlungen eingehen? Gibt es andere Mittel und Wege, den Entwicklungszielen näher zu kommen?

Die Uno-Agenda ist so gestrickt, dass letztlich der Entscheid bei der nationalen Politik liegt. Das ist in jedem Land so. Da führt kein Weg daran vorbei, und das ist auch richtig so. Die Kompetenz über die Umsetzung liegt bei der nationalen Politik. Aber diese ist ein vielfältiges Gebilde – gerade in der Schweiz: Es gibt ein politisches System mit Verantwortlichkeiten beim Bund, bei den Kantonen und den Gemeinden. Es gibt eine relativ starke Zivilgesellschaft und einen Wirtschaftssektor, der auf freiwilliger Basis Massnahmen umsetzen kann. Und schliesslich haben die Bürgerinnen und Bürger das Instrument der Referenden und Initiativen. Entsprechend viele Möglichkeiten gibt es, die Umsetzung der Agenda 2030 voranzutreiben.

Quellen:
www.eda.admin.ch/agenda2030
www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2016/juli/staaten-muessen-mehr-tun-um-un-nachhaltigkeitsziele-zu-erreichen



Andrea Ries: Studium der Mathematik, Soziologie und Ökonometrie an der Uni Zürich und der London School of Economics. Zehn Jahre beim WWF Schweiz, unter anderem zuständig für den Aufbau von Nachhaltigkeitsstandards und Labels etwa für nachhaltiges Palmöl. Mitglied der Geschäftsleitung des WWF Schweiz sowie Mitglied der bundesrätlichen Kommission für nachhaltige Entwicklung. Seit 2003 in der Entwicklungszusammenarbeit bei der Deza und der Weltbank. Aktuell koordiniert sie für die Deza die Umsetzung der Agenda 2030.

Andrea Ries referierte am 3. November 2016 im Rahmen eines ABS-Geldgesprächs in Olten über die Umsetzung der Agenda 2030. Ihr Vortrag kann gehört werden unter: www.abs.ch/de/die-abs-wirkt/veranstaltungen/abs-geldgespraeche